

**Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
auf die Wahlprüfsteine des Automobilclub von Deutschland (AvD)**

- 1. Welche Idee und Konzepte, enthält Ihr Wahlprogramm, um die Arbeitsplätze der Automobilindustrie in Sachsen-Anhalt zu sichern und zukunftssicher zu machen? Wie wollen sie landesseitig die Rahmenbedingungen dafür anpassen? Oder planen Sie vielmehr auch in diesem Sektor einen Strukturwandel einzuleiten?**
- 2. Gerade die automobile Zulieferindustrie befindet derzeit in einer schweren Krise. Welche Instrumente wollen Sie nutzen, um das Ausbluten der Branche in Sachsen-Anhalt zu verhindern und Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung im Land zu sichern?**

In der Automobilindustrie vollzieht sich schon seit längerer Zeit ein rasanter Strukturwandel. Dieser wird angetrieben durch technologische Neuerungen und gesellschaftliche bedingte Änderungen im Nutzungsverhalten der Menschen. Die wachsenden Erwartungen an Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz erfordern eine technologische Wende und eine Verkehrs- und Mobilitätswende. In den Städten nehmen Carsharing und Elektromobilität zu. Elektroautos werden in wenigen Jahren normal auf unseren Straßen sein. Die deutschen Autokonzerne haben diese Trends zu spät erkannt, steuern aber jetzt massiv um. Das gefährdet Jobs auch in Sachsen-Anhalt, vor allem in der Zulieferindustrie.

Dringend notwendig ist daher ein Strukturwandel-Dialog auch in der Automobilindustrie. Es ist notwendig, mit allen Beteiligten, Unternehmen und Zulieferer, Gewerkschaften und Betriebsräten, aber auch mit den Umweltverbänden und den betroffenen Kommunen intensive Gespräche zu führen. Darüber hinaus müssen branchenübergreifende Kooperationen gefördert werden. Bereits jetzt ist festzustellen, dass es gerade in Bezug auf die Entwicklungen in der Elektromobilität eine neue Zusammenarbeit zwischen der Großindustrie, kleinen und mittleren Unternehmen und den Start-Ups gibt. Diese Verbindungen von Innovationspotenzialen und wirtschaftlicher Stärke sollte insbesondere auf der Seite der Start-Ups und der kleineren Unternehmen gezielt gefördert werden.

DIE LINKE unterstützt mit ihrer Strukturpolitik Beschäftigte und Unternehmen bei der Umstellung auf neue Produkte. Wir wollen neue Ideen und umweltfreundliche Mobilität forcieren. Denn die Unterstützung für ökologische Umbauprozesse hängt nicht nur entscheidend davon ab, wie dieser Prozess sozial abgefedert wird, sondern wie stark ihn die Menschen selbst in ihren Regionen mitgestalten können. DIE LINKE will beispielsweise ein Landesförderprogramm „Klimaschutz in der Industrie“ auflegen. Dies wird Zuschüsse für Klimaschutzprojekte in kleinen und mittelständischen Betrieben umfassen sowie langfristige zinslose Kredite zur klimagerechten Umstellung von Produktionsverfahren. Mit Überleitungsgesellschaften setzen wir auf gezielte Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten.

In der batteriebetriebene E-Mobilität sehen wir mehr als eine notwendige Brückentechnologie, auch wenn Elektroautos auf Dauer nicht die alleinige Lösung für eine umfassende sozial-ökologische Verkehrswende sein werden. Auch bei einem konsequenten Ausbau des ÖPNV wird der motorisierte Individualverkehr auf mittlere Sicht weiter eine wichtige Säule der Mobilitätsinfrastruktur bleiben. Deshalb ist die (möglichst) zügige Elektrifizierung ein wichtiger Baustein innerhalb der Verkehrswende, um die Klimaziele zu erreichen.

3. Wie soll die Zukunft des automatisierten Fahrens in Sachsen-Anhalt aussehen und wollen Sie eigene Landesprogramme dazu auflegen?

Wir wollen in Sachsen-Anhalt bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) vorangehen. Schnelles Internet muss flächendeckend überall im Land verfügbar sein. 5G ist die Grundvoraussetzung für autonomes Fahren. Denkbar sind für uns zukünftig kleine autonome Busse, wenn die Technik ausgereift ist. Wir unterstützen vor allem die Erforschung und Erprobung dieser Technologie.

4. Welche Bedeutung sehen Sie für das Auto bei einer anzustrebenden Vernetzung der Verkehrsträger im Rahmen der voranschreitenden Digitalisierung?

Für die Verkehrswende sind Verkehrsvermeidung und die Verkehrsverlagerung auf den Umweltverbund vorrangige Ziele. Motorisierte Verkehrsträger sollten möglichst mehreren Personen zur Verfügung stehen. Eine Vernetzung der Verkehrsträger wird in Zukunft unerlässlich sein. Rückgrat einer neuen Mobilitätskultur in Sachsen-Anhalt soll für uns dabei ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn sein.

5. Wie positionieren Sie sich zur Zukunft von Verbrennungsmotoren.

Verbrennungsmotoren sind nicht mehr zeitgemäß, da sie fossile Brennstoffe benötigen, die endlich und klimaschädlich sind. Zukunft hat unserer Ansicht nach nicht der Verbrennungsmotor, sondern der Elektromotor als Brückentechnologie, bis sich Wasserstoff als alternativer Energieträger in den verschiedenen Antriebstechnologien durchgesetzt hat.

Bei der E-Mobilität kommt es darauf an, wie die elektrische Energie erzeugt wird. Wird der Strom aus der Verbrennung fossiler Energieträger erzeugt und bezieht man die aufwendige Herstellung der Batterien mit ein, so hat ein Elektrofahrzeug nicht zwingend eine bessere Öko-Bilanz als ein sparsamer Verbrennungsmotor. Hier ist Augenmaß bei der Förderung und ein weiterer konsequenter Ausbau der regenerativen Energien gefragt. Insbesondere das Ladesäulen-Netz wollen wir ausbauen und hier mit Verkehrsunternehmen und Stadtwerken ins Gespräch kommen. Eine Förderung der Anschaffung von Elektro-Bussen für den ÖPNV wollen wir prüfen.

6. Welche Maßnahmen wollen Sie einleiten, um eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer in Sachsen-Anhalt zu erreichen? Wie definieren Sie in diesem Zusammenhang „Gleichberechtigung“?

Der Modalsplit zeigt ein Verhältnis zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs (MIV). DIE LINKE setzt sich für die Stärkung des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ein. Um die Gleichberechtigung aller Verkehrsträger und -teilnehmer zu gewährleisten, muss der MIV zu Lasten des Umweltverbundes zurückgedrängt werden.

DIE LINKE will eine entsprechende Anpassung des Städtebaus und dem Ausbau der Infrastruktur sowohl beim Mitteleinsatz als auch bei der planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der Landesverwaltung höhere Priorität einräumen. Für Städte und ländliche Räume will DIE LINKE Modellprojekte für bessere Mobilität voranbringen und ein entsprechendes Förderprogramm auflegen. Die Schieneninfrastruktur wollen wir stärken, insbesondere in Bezug auf die Zulaufverkehre an Knotenbahnhöfen.

Auf der Suche nach ergänzenden Finanzierungsquellen für den ÖPNV wollen wir Pilotprojekte für einen umlagefinanzierten fahrscheinlosen ÖPNV und weitere Modelle, wie z. B. den öffentlichen Verkehrs-Beitrag, fördern. Auf Bundesebene wollen wir uns für die steuerliche Absetzbarkeit der Bahn-Card analog zum Dienstwagenprivileg einsetzen. Auch eine Begrenzung der Trassenpreise wollen wir bei der Revision des Eisenbahnregulierungsgesetzes auf Bundesebene vorantreiben.

7. Wie kann es aus Ihrer Sicht in Sachsen-Anhalt gelingen, das Erreichen der Klimaziele mit einer freien, individuellen Mobilität in Einklang zu bringen?

DIE LINKE strebt eine ökologische Wende in der Verkehrspolitik an. Die Klimaziele lassen sich nicht mit immer mehr Individualverkehr erreichen, auch wenn die einzelnen Fahrzeuge mehr mit umweltschonenden Technologien unterwegs sein werden. Die Grundbedürfnisse nach freier und individueller Mobilität und nach körperlicher Unversehrtheit, das heißt u.a. auch auf saubere Luft und Lärmschutz, können nur durch Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung auf den Umweltverbund miteinander in Einklang gebracht werden. Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung müssen dafür enger verzahnt werden.

Die Sicherstellung eines bedarfsgerechten, kostengünstigen und barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in allen Landesteilen hat für DIE LINKE oberste Priorität in der Verkehrspolitik. Mobilsein ohne Auto ist unser Ziel. Keine Gemeinde darf vom Landesnetz abgekoppelt werden. Bei Sicherung und Ausbau des ÖPNV-Angebots legt DIE LINKE daher Wert auf neue Ideen, alternative Bedienformen und ergänzende Finanzierungsinstrumente (z.B. Parkraumbewirtschaftung). Pilotprojekte und kommunales Engagement in diesen Fragen wollen wir fördern.

Die Erreichbarkeit der Orte in den ländlichen Regionen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben, wenn eine Verkehrswende und eine spürbare Reduzierung des Individualverkehrs gelingen soll. Dafür ist das Zusammenspiel mehrerer Mobilitätsformen unerlässlich, die in Mobilitätsketten ineinandergreifen. Übergangszeiten müssen so gestaltet sein, dass alle Fahrgastgruppen sie nutzen können. Für den ländlichen Raum und kleine Gemeinden muss das Angebot an alternativen Bedienformen wie Rufbusse und Sharing-Dienste ausgebaut und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und PKW an den Schnittstellen zum ÖPNV geschaffen werden.

Die Schaffung einer fuß- und radfahrerfreundlichen Infrastruktur im innerstädtischen Bereich muss einhergehen mit baulichen und verkehrsordnungsrechtlichen Maßnahmen, die den motorisierten Individualverkehr zurück auf Augenhöhe mit anderen Verkehrsträgern bringen.

8. Welche Maßnahmen werden Sie konkret umsetzen, damit auch die Flotten der Regierungs- und Landesfahrzeuge zur Erreichung der Klimaziele beitragen? Was bedeutet das für den Landeshaushalt?

Bei der Nutzung von Regierungs- und Landesfahrzeugen können die politischen Entscheidungsträger Vorbilder für den Klimaschutz sein. Kurze Strecken können zu Fuß, mit Fahrrädern, E-Bikes und dem ÖPNV zurückgelegt werden. Auch über lange Strecken kann die Nutzung der Bahn eine Alternative zum MIV sein. Bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge muss künftig die Klimaverträglichkeit eine große Rolle spielen. DIE LINKE will eine sogenannte

CO2-Bremse in die Landesverfassung aufnehmen. Das würde bedeuten, dass dann ein CO2 Budget festgelegt und einen Preisaufschlag auf den Ausstoß von CO2 bestimmt werden müsste. Damit soll ein Anreiz geschaffen werden, stärker auf erneuerbare Ressourcen und die damit verbundenen Technologien zu setzen und ein neues Bewusstsein für die klimatischen Aspekte bei allen Entscheidungen zu schaffen.

9. Automobile Oldtimer gelten als technisches Kulturgut. Welche Bedeutung messen Sie deren Schutz vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadiskussion bei?

Oldtimer gehören zur Traditionspflege, deshalb steht DIE LINKE zu den bestehenden Regelungen. Weitergehend hat sich der Landesverband mit dem Thema nicht befasst.

10. Welche konkreten Infrastruktur-Projekte werden Sie in der kommenden Legislaturperiode umsetzen? An welchen Stellen gibt es nach Ihrer Einschätzung noch Lücken im Verkehrswegenetz? Wo wollen Sie in den kommenden 5 Jahren unter Landesregie neue Umgehungstraßen projektieren und umsetzen, um die Städte und Gemeinden von Durchgangsverkehr zu entlasten?

DIE LINKE legt in der Verkehrspolitik den Schwerpunkt auf eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Verkehrsentwicklung. Die begrenzten Mittel wollen wir vorrangig für die Werterhaltung nutzen. Neubau soll es nur da geben, wo Ortsumfahrungen dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im ländlichen Raum verbessert werden muss.

An der Erreichung der Klimaziele kann nur ernsthaft gearbeitet werden, wenn es keinen weiteren massiven Ausbau der Bundesfernstraßen gibt und das Herstellen neuer Umgehungstraßen abgewogen wird mit Fragen der Kosten und der Beeinträchtigungen für Gesundheit, Umwelt, Lebensqualität und den Tourismus. Deshalb wollen wir insbesondere den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn sichern, ausbauen und fördern. Da wir große Lücken vor allem im Radverkehrswegenetz sehen, möchten wir die Förderung von Straßenbau an den Ausbau von Rad- und Fußverkehr knüpfen.

Getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler Verkehrsadern wie der A14 respektieren wir. Laut Bundesverkehrswegeplan 2030 ist die B190n als Querspange zwischen der A39 und der A14 („Hosenträger“) nur im nachgeordneten Bedarf eingestuft. Vor 2030 wird der Bau nicht beginnen. Besonders die Menschen in der Altmark versprechen sich von der neuen Verbindung eine Verkehrsentlastung. Auch die A143 als Westumfahrung der Stadt Halle unterstützen wir ebenso, wie die schon lange geplanten Ortsumgehungen um Wittenberg mit der Entlastung für den starken Durchgangsverkehr auch durch Coswig und Griebow.